

FERNSEHTURM

ANDREAS BRAUN
GABRIELE RENZ

WUTBÜRGER

CLEVERLE

WIR KÖNNEN ALLES.

WIRTSCHAFT

STAMMHEIM

REVOLTEN

AFFÄREN

FILZ

GEIZIG SPÄTZLE

FLEISSIG AUTOS BAUEN

SPARSAM

ORDENTLICH

60 EINBLICKE IN DIE GESCHICHTE BADEN-WÜRTTEMBERGS

THEISS

AUSSER HOCHDEUTSCH

**Wir können alles.
60 Einblicke in die Geschichte Baden-Württembergs**

Andreas Braun · Gabriele Renz

Wir können alles.

60 Einblicke in die
Geschichte Baden-Württembergs

THEISS

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Umschlaggestaltung: Stefan Schmid, Stuttgart

© 2012 Konrad Theiss Verlag GmbH

Alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Nicole Janke, Neuhausen

Satz und Gestaltung: Primustype Hurler

Druck und Bindung: Firmengruppe Appl, aprinta druck, Wemding

ISBN 978-3-8062-2565-5

Elektronisch ist folgende Ausgabe erhältlich:

eBook (PDF): 978-3-8062-2554-9

Besuchen Sie uns im Internet www.theiss.de

INHALT

1	Wir können alles. Sogar Ironie.....	7
2	Wie wär's mit Wübahoz?.....	10
3	Lieb und teuer: das adelige Vermächtnis.....	14
4	Erpressung oder Folklore – die Badenfrage.....	18
5	Die Waldörfler: Gutmenschen mit Gewinn.....	22
6	Brauner Schattenmann: Hans Filbinger.....	26
7	Wyhl, Mutlangen und anderer Protest.....	30
8	Schandmal, Narrenstück: der Fernsehturm.....	34
9	Vom Stammland der Liberalen.....	38
10	Humor und Toleranz – Manfred Rommel.....	42
11	Identitätssuche: Ländle oder Land?.....	46
12	Gudrun Ensslin – Tugend und Terror.....	50
13	Knast und Symbol: Stammheim.....	54
14	Vor-, Quer- und Nachdenker: Erhard Eppler.....	58
15	Grüne Flecken auf schwarzem Grund.....	62
16	Spätzle-Skandal: die Birkel-Story.....	66
17	Cleverle auf Reisen – Lothar Späth.....	70
18	Verlegerglück mit Sammeln und Schneidern.....	74
19	Pietismus – Ansporn und Last.....	78
20	Helmut Palmer – Bürgerrechtler, Schreihals.....	82
21	Exportschlagler Bobbele und Steffi.....	86
22	CDU-Land, Landräteland.....	90
23	Erwin Teufel und das Hohe C.....	94
24	Die Bürgermeister-Macht.....	98
25	Von CDs und Steueroasen.....	102
26	Bohrer-Wahnsinn: FlowTex.....	106
27	Porsche und das David-Prinzip.....	110
28	Zwischen Genie und Fettnapf: G. H. Oettinger.....	114
29	Karlsruhe oder Die letzte Instanz.....	118
30	Mir gäbet nix – der Länderfinanzausgleich.....	122
31	Hundt und andere Lobbyisten.....	126
32	Seealemannischer Sturkopf: Martin Walser.....	130
33	Comedy oder Komede – schwäbischer Witz.....	134
34	Klischee und Hochamt – die Kehrwoche.....	138
35	Heiligs Blechle: Autobauers Traum.....	142

36	Schaffe, schaffe, Häusle baue	146
37	Bienzles Blick auf die Welt	150
38	Schwarzwaldmädel und Tannenmythos	154
39	Angelas Engel: die schwäbische Hausfrau	158
40	Patente Bastler und trotzige Tüftler	162
41	Hassliebe: Schwaben in Berlin	166
42	Anatolische und andere Wurzeln	170
43	Ami-Sehnsucht und Russen-Ziel	174
44	...hält Leib und Seele zusammen	178
45	And where are the horses?	182
46	Bodensee-Imperia-lismus	186
47	Wiege der Menschheit: die Alb	190
48	Musikalische Landesverfassung	194
49	Alternative Bürgerlichkeit	198
50	Super-Helden: Klinsi und Jogi	202
51	Geben und geben lassen – die Mäzene	206
52	Versteckte Baden-Württemberger	210
53	Spielball der Politik: die EnBW	214
54	Die Heimat des Outlet	218
55	Schock, Wunde, Zäsur: Winnenden	222
56	Alles Bio oder was?	226
57	Hochkultur am Nesenbach	230
58	Der Wutbürger – ein Lebensmodell?	234
59	Grüner Landesvater: Winfried Kretschmann	238
60	Es ist nur ein Bahnhof	242
	Die Autoren	247

1

Wir können alles. Sogar Ironie.

Der Start der legendären Werbe- und Sympathiekampagne, die inzwischen weithin mit Baden-Württemberg assoziiert wird, fiel alles andere als verheißungsvoll aus. Die Opposition witterte kampf-

nötige Geldverschwendung zur weiteren Festigung der immerwährenden CDU-Herrschaft im Lande. Die Presse zeigte sich überwiegend skeptisch und bekrittelte vermeintlichen Hochmut, der zur schwäbischen Bescheidenheit so gar nicht passe. Gut sieben Millionen Mark im Jahr – wofür?

„Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ Das kam zunächst, beim Start im Jahre 1999, gar nicht gut an. Sind wir nicht jahrzehntlang gut gefahren, eben weil wir unser Licht unter den Scheffel gestellt haben? Wieso überhaupt Plakate kleben und Werbespots senden, wenn wir doch durch wahre Leistung und Qualität bestechen wollen? Und warum sollen wir überhaupt in einen Wettbewerb mit anderen Bundesländern eintreten? Das kostet nur Geld und wir schaden uns gegenseitig, machen uns die Guten abspenstig – so lautete das damals gängige Urteil.

Kaum jemand konnte voraussehen, welch enormer Erfolg der Kampagne beschieden sein würde. Dass sie hinfort in einem Atemzug mit dem Land genannt würde. Dass sie in anderen Bundesländern als vorbildhaft und beispielgebend gesehen wird. Dass Werbespezialisten und Marketingfachleute sie bis heute als denkwürdig charakterisieren. Dass sie Eingang finden sollte in den Sprachgebrauch oder in

**Wir können alles.
Außer Hochdeutsch.**



Baden-Württemberg

Buchtitel. Dass der im Werberdeutsch Claim genannte Spruch inzwischen reihenweise variiert wurde – zumeist als verächtliche oder ironische Kommentierung: „Wir können alles. Außer wählen.“ So etwa plakatierten erboste und trauernde Christdemokraten im Schwarzwald-Baar-Kreis nach dem Machtverlust bei der Landtagswahl 2011. Die linke taz dagegen überschrieb ihren Kommentar „Sie können alles, auch wählen.“ „Wir können alles. Außer Schwäbisch.“, ließen sich die Bewohner des badischen Landesteils auf T-Shirts drucken. An den Hochschulen liefen protestierende Asta-Mitglieder mit Aufdrucken herum „Wir können alles. Außer Hochschulpolitik.“ Und wenn der VfB Stuttgart wieder einmal in den Abstiegsrängen taumelte, wurde im Sportteil getitelt „Wir können alles. Außer Fußball.“

Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel reizte es, den Baden-Württemberg-Slogan zu zitieren, um in der Schlacht um das VW-Gesetz und die versuchte Übernahme des Wolfsburger Konzerns durch Porsche dem Süden vor den versammelten Werkern eins mitzugeben: „Sie hier im Norden können alles und Hochdeutsch noch dazu und auch sonst alles.“ Das wiederum rief den damaligen Minister im Stuttgarter Staatsministerium, Wolfgang Reinhart, auf den Plan. Die Norddeutschen aus Wolfsburg könnten eben nicht alles, ereiferte er sich. „Könnten sie alles, hätten nicht die Badener und Württemberger Carl Benz und Gottlieb Daimler das Auto und später in Stuttgart Ferdinand Porsche den Volkswagen konstruieren müssen – damit der heute produziert werden kann.“ Launig und augenzwinkernd war diese Auseinandersetzung allerdings nicht mehr, das war Auge um Auge, Zahn um Zahn.

In jedem Fall hat sich der flotte Werbespruch zur wahren Multi-kommentierungsschablone gemausert. Voraussehen konnte das wohl nicht einmal die Agentur selbst, Scholz & Friends aus Berlin. Denn sie hatte sich den Slogan zunächst für den Freistaat Sachsen ausgedacht. Die Sachsen, sonst eher keck und forsch, lehnten freilich ab – und überließen so den Baden-Württembergern das Feld.

Zu denen passt der Spruch wie die Faust aufs Auge, wie inzwischen vielfach gefachsimpelt und psychologisiert wurde. Leiden die Baden-Württemberger nicht unter einem Minderwertigkeitskomplex, der durch die recht dreiste Behauptung, sie könnten alles, ers-

tens konterkariert und zweitens ironisch gebrochen wird? Macht dieser Gegensatz sie nicht sympathisch und irgendwie liebenswert und menschlich? Und können sie nicht tatsächlich ziemlich viel – und bleiben dabei dennoch auf dem Boden?

In Fernsehspots lernten Bundesbürger mittelständische Unternehmer aus dem Ländle kennen, die wohl kein astreines Deutsch sprechen konnten, deren Erfindungsreichtum oder Schaffenskraft allerdings größten Respekt abnötigte: Artur Fischer etwa, der Herr über die Dübel.

Der Hintergrund der Werbeaktion war simpel und unspektakulär: In der föderalen Bundesrepublik belebt sich in den vergangenen Jahren der Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte zusehends. Weiche Standortfaktoren gewinnen an Gewicht. Baden-Württemberg hatte schon nach der Wiedervereinigung in nicht geringem Maße vom Zuzug vieler Arbeitskräfte aus den neuen Bundesländern profitiert. Dieses Reservoir ist indes schon länger erschöpft, zudem wachsen die Anforderungen an Fachkräfte weltweit.

Was im ersten Moment und in der ersten spontanen Reaktion von etlichen Landeskindern – in typisch baden-württembergischer Manier – als eitles Verprassen von Steuergeld erachtet wurde, hatte also einen handfesten ökonomischen Hintergrund. Der eigentliche Erfolg der Kampagne bleibt indes unmessbar. Doch unzweifelhaft hat Baden-Württemberg an Sympathie und Bekanntheit gewonnen. Selbstbewusstsein und Augenzwinkern gehörten fortan zur Signatur hiesiger Werber. Das Image-Defizit scheint behoben. Aber auch eines scheint durch die Kampagne gelungen, was kaum für möglich gehalten wurde im Land der vielen Regionen: Die Schaffung einer baden-württembergischen Identität.

In Berlin durchquerten städtische Busse die Stadt mit der Aufschrift „Nett hier. Aber waren Sie schon in Baden-Württemberg?“ Und die Tourismuswerber im Land warteten einige Jahre später mit dem farbenfroh unterlegten Slogan „Wir sind Süden“ auf. Auch hier das Spannungsverhältnis zwischen selbstbewusstem Auftritt und Augenzwinkern. Nein, das hätte man den Baden-Württembergern früher nicht zugetraut. Selbst die grün-rote Landesregierung traut sich nicht, auf den Slogan zu verzichten.

2

Wie wär's mit Wübahoz?



Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde gewitzelt: Die Regierungsfractionen von Schwarz und Gelb hätten das Land fest in ihrem Besitz, zumindest dauerhaft gepachtet. Eine andere Koalition mit anderen Farben sei in Baden-Württemberg gar nicht vorgese-

hen. Beweis: Selbst das Landeswappen weise ganz überwiegend die Farben Schwarz und Gelb auf.

Es kam dann anders. Mancher, der nun nach der Regierungsübernahme von Grün-Rot schwarz-gelb verschnürte Geschenkpäckchen erhielt, spöttelte: „Die müssen nun wohl weg!“ Die Farben, von der Landesverfassung in Artikel 24,1 vor fast sechzig Jahren festgelegt, zitieren etwas anderes als die gängige Farbsymbolik der politischen Parteien, die erst später in den täglichen Sprachgebrauch Eingang fand. Das Schwarz ist sowohl der alten württembergischen wie auch der hohenzollerisch-preußischen Landesfarbe entnommen, das Gold (kein schnödes Gelb!) entstammt der rot-goldenen badischen Flagge.

Die Entstehung des Landeswappens freilich ist eine ganz eigene Geschichte, verweist sie doch auf die schwierige Suche nach dem bestmöglichen Kompromiss, offenbart sie doch den Versuch, alle und jeden unter ein gemeinsames Dach zu bekommen, mitzunehmen, zufrieden zu stellen. Das Land war schon zwei Jahre alt, als sich der Landtag nach langwierigen Debatten für ein Wappen entschied, das einerseits die Einheit des neuen Bindestrich-Landes symbolisieren, aber auch die Tradition der früheren Länder und Landesteile bewahren sollte.

In Zeiten von Logos, Internet-tauglichen „Wort-Bild-Marken“ und sich breit machenden „Brand Managern“ mag es kurios wirken, sich in die Gedanken der Heraldik, also der Wappenkunde, zu versetzen. Auf der anderen Seite erzählt uns eben diese Geschichte recht viel über Sollbruchstellen, Untiefen, überkommene Konflikte, Vorurteile, über Phantomschmerzen und Bewusstseinsrelikte, die im Lande Baden-Württemberg noch heute das politische Handeln bestimmen. Und sei es auch nur subkutan oder reflexhaft.

Das so genannte große Landeswappen zeigt inmitten eines goldenen Schildes, seines Kernstücks: drei schreitende schwarze Löwen mit roten Zungen. Es ist das Wappen der Staufer, die im Mittelalter Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation und zugleich Herzöge von Schwaben waren.

Links vom Schild steht der goldene Greif, das badische Wappentier, rechts der goldene Hirsch, der württembergische Schildhalter. Zum eher getragenen Schwarz-Gelb gesellen sich rote Farbtupfer, womit auch die Ausgangsthese der Polithumoristen nicht zu halten ist: Die Tiere wurden schon damals mit roten Hufen beziehungsweise Krallen ausgestattet.

Auf dem Schild wiederum ruht eine Art Krone mit kleinen Wappen oder Plaketten, die auf Franken (weißroter „fränkischer Rechen“) hinweisen, auf Hohenzollern (schwarz-weißer Schild), noch mal auf Baden (roter Schrägbalken im goldenen Feld) sowie Württemberg (drei Hirschstangen), auf die Kurpfalz (ja tatsächlich, die Bayern: der Wittelsbacher Löwe in Schwarz) und Vorderösterreich (rot-weiß-roter Bindenschild).

Kaum weniger kompliziert, ja, geradezu quälend geriet die Namenssuche. Auch sie war noch keineswegs abgeschlossen, als das neue Bundesland am 25. April 1952 aus der Taufe gehoben wurde, geformt aus Württemberg-Baden, einem Gebilde, das auf Wunsch der amerikanischen Besatzungsmacht entstanden war, sowie aus Württemberg-Hohenzollern, in dem wiederum die einstigen preußischen Hohenzollerischen Lande aufgegangen waren, und aus Baden. Obwohl bedeutende Politiker jener Zeit die Fusion mit Nachdruck betrieben, erwies sich dieses Süd- bzw. Alt-Baden als besonders renitent. Reste von Sezessionismus verschwanden erst nach der Volksab-

stimmung von 1970. Im Ernst: Kann sich heute noch jemand vorstellen, dass nach der Studentenrevolte und dem ersten bemannten Flug zum Mond Baden-Württemberg noch einmal in Frage oder zur Disposition stand? Immerhin, die Abstimmung ging zu Gunsten des nicht mehr ganz taufrischen Landes aus.

Das Land existiert auch sechzig Jahre später noch, unverbrüchlich. Und, zumindest von außen betrachtet, scheint es allmählich eine eigene Identität auszuformen. Marketingexperten mühen sich indes unsäglich mit dem unerotischen Bindestrich-Wurm. Sie blicken neidisch gen Bayern, wo das Selbstbewusstsein aus jeder Lederhose kracht: Tu felix Bavaria. Während die Marke Bayern auch an fernen Gestaden wie Donnerhall klingt, brechen sich ausländische Gäste, ob aus Frankreich oder den USA, schier die Zunge bei der Standortbestimmung, wenn sie in das Ländle von Haidlbörg oder Forêt Noir kommen. Wie hieß nochmal das Land, wo der Mercedes gebaut wird?

Die Baden-Württemberger hätten es leichter haben können. Mit einem klaren, dreisilbigen Wort wie etwa Wübahoz oder Schwabaden. Mancher Vorschlag in der Findungskommission war wohl nicht hundertprozentig ernst gemeint oder aber der wachsenden Verzweiflung in nächtlichen Runden geschuldet. Doch einige Vorschläge wurden ausgiebig diskutiert: Rheinschwaben, Zollern, Zähringen, Staufen, Neckar-Rhein-Provinz, Wübahoz als Abkürzung von Württemberg, Baden und Hohenzollern, Deutsch-Südwest, Alemannien oder Ale-Schwaben, was ein wenig nach ale-hopp klingt.

Die Nachwelt mag staunend darüber sinnieren, was ihr erspart geblieben ist. Wiewohl auch eine Chance verpasst wurde. Nach langen Debatten und intensivem Austausch erhielt „Schwaben“ im Februar 1953 bei der ersten Probeabstimmung die meisten Stimmen. Es wäre vermutlich die klügste Entscheidung gewesen – historisch, was Sprache und Dialekt anbetrifft (korrekt: Alemannisch) sowie den hohen Bekanntheitsgrad des Wortes (lateinisch Suevia), national wie international. Schließlich hätte man von den Bayern dereinst den Regierungsbezirk Schwaben „zurückfordern“ können.

Offensichtlich aber ist seit dem Untergang des mittelalterlichen Herzogtums Schwaben, das vom Ammersee bis zu den Vogesen reichte und gewissermaßen das Stammland der Staufer war, zu viel Was-

ser den Rhein und den Neckar hinuntergeflossen. In den badischen Gebieten setzte man Schwaben längst mit Württemberg gleich, was die Ablehnung beförderte. Nordbadische Abgeordnete etwa gaben in der Verfassungsgebenden Versammlung zu bedenken, in Mannheim werde man gesteinigt, wenn man den Namen Schwaben vorschlage. So kam es, dass nach dem Ärger über den Volksentscheid der Weg der Versöhnung beschritten wurde. Es galt, das Gefühl einer Annexion durch Württemberg zu vermeiden.

In den schönsten, begütigenden Politikerphrasen wurde daher verlautbart, der Name Baden-Württemberg, gerade auch in dieser Reihenfolge, sei eine Geste der Versöhnung und Verständigung, ein Gebot der Zweckmäßigkeit, der Klugheit und der Vernunft. Und außerdem knüpfe sich ja an beide Namensbestandteile eine große Tradition. Badener und Württemberger machten sich – unter Einschluss von Franken, Kurpfälzern und Oberschwaben – also gemeinsam auf den Weg, weil zusammenwachsen sollte, was zusammengehörte.

3

Lieb und teuer: das adelige Vermächtnis

Es gibt nicht allzu viele Länder, Regionen, Grafschaften oder staatliche Gebilde, die nach ihrem Hochadel benannt sind. Zumal nicht in Zeiten von Demokratie und Herrschaft des Bürgertums. Mit Baden-Württemberg ist das anders. Die Herkunft ist großherzoglich-königlich, auch wenn die Repräsentanten beider Häuser bereits im November 1918 abdankten – in der Folge des von Deutschland verlorenen Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution, welche die erste parlamentarische Demokratie hervorbrachte.

König Wilhelm II. von Württemberg dankte übrigens als letzter deutscher Souverän am 30. November 1918 ab und war fortan mit dem Titel Herzog von Württemberg zufrieden. Nach seinem Tod ging die Thronfolge auf eine katholische Linie des Hauses über. Wohnsitz ist das oberschwäbisch-barocke Altshausen. Zu Hause sind die Württemberger allerdings auch in Friedrichshafen, immerhin einer Stadt, die den Namen eines stolzen Württembergers trägt, sowie in Ludwigsburg, von einem anderen als Residenzstadt gegründet und zum „schwäbischen Versailles“ ausgebaut.

In der Hofkammer des Hauses Württemberg sind die verschiedenen Geschäftsfelder zusammengefasst, aus denen die Familie ihren Lebensunterhalt bestreitet. Dazu zählen nach wie vor – wie bei vielen Adelshäusern – Grundbesitz und Waldwirtschaft. Auch in Österreich gibt es noch Besitzungen. Geld verdient wird zudem mit Immobilien- und Projektentwicklung sowie einem Weingut, das zu den Topweingütern im Anbaugebiet Württemberg zählt und dessen Weinberge nahe Maulbronn, im Neckar- und im Remstal liegen.

Wein ist auch eines der bekanntesten Güter, die das Haus Baden heute noch vertreibt. Zum Überleben haben die Rebanlagen am Bodensee und in der Ortenau freilich nicht ausgereicht: Um seine hohen



Bernhard Prinz von Baden vor Schloss Salem.

Schulden zu decken, verkaufte das Haus Baden im Jahr 2003 sein Schloss in Baden-Baden an einen kuwaitischen Investor. Zuvor waren darin befindliche Kunstschätze versteigert worden. Damit nicht genug, musste das Land im Jahre 2009 nach langem Gezerre auch noch das Schloss in Salem übernehmen, das zur Hälfte bereits an die renommierte Internats-Schlossschule vermietet ist. Vorausgegangen waren hitzige Debatten im Landtag und vor allem die „Kulturgut-Affäre“.

Bernhard Prinz von Baden und die damals politisch Verantwortlichen im Staats- und Wissenschaftsministerium des Landes hatten die Absicht, Kunstschätze aus der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe und der Kunsthalle zu verkaufen, um Geld zur Sanierung von Salem aufzubringen. Dann kam heraus, dass die Kunstwerke wie etwa die Markgrafentafel, ein großformatiges Motivbild von Hans Baldung aus den Jahren 1509/10, bereits im Besitz des Landes waren. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung deckte den peinlichen Deal rechtzeitig auf, Kommentatoren geizten weder mit Hohn noch Spott. Ganz nach dem Motto: Wer sein Bier zweimal bezahlt, der kommt aus Baden-Württemberg.

Die Affäre war nicht nur zum Lachen. Wissenschaftler unterschrieben Aufrufe und Protestschreiben, warfen dem Land „Kulturbarbarei“ vor. Der Imageschaden war programmiert. CDU-Ministerpräsident Günther Oettinger, in dessen Amtszeit diese unglaubliche Geschichte datierte, ließ auch an anderer Stelle vergessen, dass die Monarchie schon vor bald hundert Jahren abgedankt hatte. Die freundlichen Namensgeber des Landes wurden bei allerlei offiziellen wie halboffiziellen Anlässen hofiert und gerne als Königliche Hoheiten (SKH und IKH) apostrophiert – ein Relikt aus den Zeiten der Ständegesellschaft. Der demokratisch gewählte Regierungschef bekannte einmal, unter einem König Carl gerne „demokratisch regieren“ zu wollen. Kniefall vor dem Adel? Oder zur Servilität mutierte Höflichkeit?

Salem und Baden-Baden waren die letzten bedeutenden Schlösser des Hauses Baden. Die in Karlsruhe, Rastatt, Mannheim, Schwetzingen und Bruchsal waren schon nach dem Ersten Weltkrieg in Staatsbesitz übergegangen. Kleinere Besitzungen wie Schloss Eberstein über Gernsbach ließ das Haus Baden ziemlich herunterkommen. In bürgerlicher Hand erstrahlt das Schloss umso heller, und auch die vom Markgrafen von Baden gerodeten Weinberge tragen wieder edle Früchte.

Die Handschriften-Affäre blieb jedoch nicht der einzige Fall, der die Gemüter erregte. Das Haus Waldburg-Wolfegg geriet wegen eines mittelalterlichen Hausbuchs in die Schlagzeilen. Und Jahre zuvor schon unternahm Heinrich Fürst zu Fürstenberg enorm viel, um sich bei seinen Donaueschinger Mitbürgern unbeliebt zu machen und zugleich das bösartige Vorurteil vom degenerierten Adel zu bekräftigen. Die Verurteilung wegen Drogenbesitzes war nur eine von vielen bizarren Episoden aus einer nicht enden wollenden Adelsposse. Heinrichs verschwenderischer Lebensstil sorgte beständig für Unfrieden, auch, weil daraus die dramatischen Notverkäufe des Hauses resultierten, mit denen allerdings schon der Vater begonnen hatte. Weinkeller, Brauerei, aber auch Kunstwerke wurden nach und nach zu Geld gemacht. Dass ein Repräsentant der regionalen CDU mit dem Fürstenhaus gut konnte, sogar auf Umwegen verwandt war, erleichterte dabei manche Verhandlung. Bedeutende Kulturgüter wie die

Graue Passion von Hans Holbein d. Ä. wurden so für viele Millionen Euro an die Stuttgarter Staatsgalerie verkauft. Arm ist das Fürstenhaus trotz des kaum übersehbaren Niedergangs deshalb nie geworden. Es zählt auch heute noch zu den größten privaten Waldbesitzern des Landes. Auch eines der bedeutendsten Bauwerke der Renaissance nördlich der Alpen, Schloss Heiligenberg nahe dem Bodensee, nennt es sein Eigen.

Weniger mit seinen Affären als vielmehr mit seiner Genealogie vermag das Haus Hohenzollern zu schillern und zu glänzen. Die Stammburg, höchst pittoresk auf einem vorgelagerten Bergkegel an der Schwäbischen Alb gelegen, ist wie das bayerische Neuschwanstein ein Ort, der für Historie, Kitsch und Mythen gleichermaßen steht. Zudem befand sich hier einst die Stammburg eines Geschlechts, das nicht nur die rumänischen Könige, sondern auch die preußischen Könige und deutschen Kaiser hervorbrachte. Fünf Jahrzehnte ruhte sogar der Leichnam des Alten Fritz in der Kapelle der Burg Hohenzollern, bis er 1991 nach Potsdam-Sanssouci umgebettet wurde.

Die Burg Hohenzollern und das Schloss Sigmaringen, wo sich heute der Verwaltungssitz der Unternehmensgruppe Fürst von Hohenzollern befindet, künden nicht nur von einem beeindruckend verästelten Stammbaum. Sie erinnern auch an ein Kuriosum in der jüngeren Geschichte Baden-Württembergs. Napoleon ließ die beiden Fürstentümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen bestehen, die später sogar preußisch wurden. Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg lebte die Enklave in gewisser Weise fort, zunächst als Bestandteil des Staates Württemberg-Hohenzollern, danach zumindest noch im Bewusstsein als Hohenzollerische Lande. Als Wortbestandteil leben die Zollern vor allem in Verbandsbezeichnungen weiter: im CDU-Bezirksverband, bei den Landfrauen, den Rassekaninchenzüchtern oder dem Dachshundklub. O Baden-Württemberg, deine Geschlechter!

4

Erpressung oder Folklore – die Badenfrage

Mit der Baden-Frage ist es ein bisschen wie mit Loch Ness. Was genau sich hinter dem Ungeheuer verbirgt und woher es eigentlich kommt, ist unklar. Doch es lebt fort, wenn auch nicht mehr ganz so furchterregend wie einstmals. Der verstorbene Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg hat für die merkwürdige Beziehung zwischen Badenern und Württembergern das böse Wort vom „Nächstenhass“

geprägt. Auch er, der Migrant aus Kiel, hat nie verstanden, warum die beiden Stämme sich so intensiv aneinander reiben.

In einschlägigen Foren wird noch in den Zeiten von Europäischer Union und Globalisierung beklagt, dass der Wille der badischen Bevölkerung bei der Gründung des Südweststaates gebrochen wurde. Regelmäßig träumt man von mehr Selbstständigkeit, davon, dass man die „Schwäbisierung“ Badens stoppen, den Stuttgarter Spätzle-



Flugblatt gegen die Gründung eines Südweststaats (1950).

Filz entflechten und zur Reinheit des Badnertums zurückfinden müsse. Dieses Ziel hat sich beispielsweise die Landesvereinigung Baden mit Robert Mürb an der Spitze auf die Fahnen geschrieben. Manche Berufsbadener empören sich gar, wenn nur das Wort von der Baden-Frage fällt. Sie wittern dann sogleich schwäbische Konspiration, wobei sie natürlich die ungeliebten Württemberger meinen. In der unerotischen Separatistenecke will man denn doch nicht stehen.

Dabei sind Beschwerden und Vorwürfe nach wie vor gang und gäbe: Das Programm des SWR sei zu Schwaben-lastig, Stuttgart verpresse Badener Geld, die Badener würden in Ämtern und Funktionen grundsätzlich benachteiligt. Wahrscheinlich handelt es sich längst um eine winzige, radikale Anzahl von Menschen, die mit ausgeklügelten Softwareprogrammen Baden-Württemberg bis in die letzte Ritze abscannen – auf der Suche nach Verfehlungen und Sünden. Als in den vergangenen Jahren Genussbotschafter des Landes gesucht wurden und alljährlich eine Auswahlkommission nach den Regeln von Qualität und Mustergültigkeit die schwierige Wahl zu treffen hatte, meldete sich prompt ein Baden-Retter. Er monierte eine angebliche Diskriminierung – eilends wurden beim nächsten Male nur badi-sche Betriebe auserwählt.

Das Beispiel zeigt, dass die Baden-Frage immer noch virulent ist. Penibel wird allenthalben auf Ausgewogenheit und Äquidistanz geachtet. Politiker und Ministerialen haben das Thema regelrecht verinnerlicht: Es wird gar nicht mehr reflektiert. Bei Empfängen etwa werden automatisch ein Badener und ein Württemberger Wein gereicht. Ein wenig boshaft könnte man daraus schließen, dass in Baden-Württemberg bei diesem heiklen Thema generell der Weg des geringsten Widerstands eingeschlagen wird. Warum Ärger provozieren? Wieso Rechtfertigungszwänge schaffen, wenn sie doch von Anfang an zu vermeiden sind? Auch die Parteien haben sich Mechanismen einverleibt, wie sie die Balance wahren. Wenn es einmal nicht perfekt gelungen sein sollte, muss eben bei der nächsten Gelegenheit ein Ersatz geschaffen werden, wird eine Ausgleichsmaßnahme fällig.

Im Land mit dem Bindestrich-Namen hat das Thema einen ganz eigenen Tatbestand von Subventionsmentalität geprägt, deren Rituale inzwischen sinn- und geschichtsentleert sind, die gleichwohl wie

selbstverständlich weitergetragen werden zur nächsten Generation. Sehr treffend hat sich der Landeskundler Hermann Bausinger über die Baden-Frage ausgelassen. Nüchtern konstatiert er: „Verständlicherweise spielte die Badenfrage in den Anfängen des Landes Baden-Württemberg eine größere Rolle. Aber da die in vielen Bereichen angestrebte oder doch gewünschte Vereinigung badischer und württembergischer Institutionen nicht von heute auf morgen vollzogen werden konnte und da sich auch in gemeinsamen Leitungsgremien die Frage der Ausgewogenheit stellt, ist das Thema nicht vom Tisch. Wenn es nicht allzu häufig in den Vordergrund tritt, dann wohl vor allem deshalb, weil es schon im Vorfeld der Entscheidungen die Überlegungen mitbestimmt. Wie man von der Schere im Kopf als einer Art verinnerlichter Zensur spricht, so könnte man von der Waage im Kopf sprechen, welche die Badenfrage im Voraus löst oder doch entschärft.“

Ein Beispiel dafür ist die langjährige Baden-Württemberg-„Staatspartei“ CDU. Sie hat die Kunst des Austarierens zur Vollendung gebracht. Vordergründig wird nur um die Balance zwischen den vier Partei-Bezirken gerungen. In Wahrheit schwingt stets die Baden-Frage mit. Bausinger kann sich ein Schmunzeln nicht verkneifen: „Nun ist Ausgewogenheit in der Zusammensetzung von Leitungsteams ja keineswegs verkehrt. Aber man könnte sich auch andere Ausgewogenheiten vorstellen – etwa die zwischen freien Berufen und Beamten oder die zwischen Männern und Frauen. Ein Blick auf die Regierungsbank, ins Parlament und auf gehobene Amtspositionen macht jedenfalls deutlich, dass die nur noch selten thematisierte Badenquote – allgemeiner gesprochen: die Regionalquote – praktisch immer noch mehr Gewicht hat als die vieldiskutierte Frauenquote.“

Die standfesten Badener haben einen – historischen – Helden. Leo Wohleb, Staatspräsident (Süd-)Badens zwischen 1947 und 1952, ließ kaum etwas unversucht, um den Kampf seiner Nachbarn in Württemberg-Hohenzollern und Nordwürttemberg/Nordbaden für einen gemeinsamen Südweststaat zu vereiteln. Theodor Eschenburg bezeichnete ihn ein wenig boshaft als „vorderösterreichischen Hinterwäldler“, der aus tief empfundener Heimatliebe die angeblich imperialistischen Württemberger mit Inbrunst hasste.

Wohleb bremste und trickste, suchte sich immer neue Bündnispartner im Kampf gegen den gemeinsamen Südweststaat. Zuerst waren es die Franzosen, später gar der erste deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer, der seine CDU auf keinen Fall geschwächt sehen wollte. Mehrfach riefen die wackeren Südbadener überdies das Bundesverfassungsgericht an. So kam es zu dem kuriosen Umstand, dass noch im Jahr 1970 eine Volksabstimmung über Baden-Württemberg stattfand, bei der sich allerdings 81,9 Prozent der Urnengänger für den Erhalt des Bundeslandes aussprachen.

Natürlich lässt sich's heutzutage im wohlstandsverwöhnten Baden-Württemberg mit der überkommenen landsmannschaftlichen Frotzelei gut leben. Besonders dann, wenn sie sich in barer Münze auszahlt. In Freiburg oder Karlsruhe haben die Stadtoberen in der Vergangenheit mit dem Instrument der Baden-Frage oft bekommen, was sie wollten. Als Folklore ist die Baden-Frage sogar ziemlich zukunftsfest. In den Fußballstadien von Freiburg oder Sinsheim ist das Badnerlied der unvermeidlichste aller Schlachtenbummler-Songs. Und mögen auch Banken verschmolzen, mag ein gemeinsamer Sender geschaffen worden sein: Kirchen, Sportverbände und anderes mehr bleiben im Bindestrich-Land vorerst schön getrennt.

5

Die Waldörfler: Gutmenschen mit Gewinn

Wenn Ferdinand Piëch in jungen Jahren über seinen Cousin Wolfgang Porsche sprach, titulierte er ihn gern schon mal als „den Waldorfschüler“. In der erfolgsabonnierten Unternehmerdynastie Piëch-Porsche konnte dies kaum als wertschätzende Äußerung verstanden werden. Denn mit „Waldorfschülern“ verband – und verbindet sich bis heute – ganz im Klischee Buchstabentanz, Kartoffeln malen wie überhaupt ein in Watte gepacktes Schülerleben. Beim Ingenieur Piëch zumal. Doch es war kein Zufall, dass die Familie Porsche immer wieder ihre Jungen auf die Waldorfschule schickte. Die pädagogische Lehre Rudolf Steiners ist in Stuttgart, wo der Konzernnachwuchs aufwuchs, breit akzeptiert.



Die Waldorfschule Uhlandshöhe heute.

Die schwäbische Metropole war für den Anthroposophen eine der wichtigsten Wirkungsstätten. 1904 hielt er hier seinen ersten Vortrag, 1919 wurde auf der Uhlandshöhe in Stuttgart die erste Waldorfschule gegründet. Es war nach dem Ersten Weltkrieg die Zeit der gesellschaftlichen und weltanschaulichen Umbrüche. Emil Molt, Direktor der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik, bat den promovierten Österreicher Rudolf Steiner, seine Belegschaft politisch, sozial und künstlerisch fortzubilden. Doch die Arbeiter winkten ab. Ihnen sei die Bildung ihrer Kinder wichtiger, bedeuteten sie dem Mäzen. Also beauftragte Molt den jungen Steiner, eine Schule zu entwickeln. Und so wurde der Kommerzialrat aus Stuttgart Namensgeber einer der erfolgreichsten Schulformen.

Die als Betriebsschule der Waldorf-Astoria-Fabrik gegründete Schule, bis heute auf der Stuttgarter Uhlandshöhe gelegen, wurde schnell zum Exportschlager schlechthin. Schon wenige Jahre nach ihrer Einrichtung gab es weitere Waldorfschulen in Basel, London, Lissabon, Budapest oder New York, alle nach dem Stuttgarter Modell – heute sind es weltweit mehr als tausend. Unterrichtet wurden, damals aufsehenerregend, Mädchen und Jungen gemeinsam. Steiner konzipierte gewissermaßen die erste Gesamtschule, denn bis Klasse zehn wurden und werden noch immer alle Schüler zusammen unterrichtet. Entsprechend Steiners anthropologischer Überzeugung, der Mensch sei gegliedert in Geist, Seele und Leib und „gebäre“ sich alle sieben Jahre neu, stützt sich die Schulerziehung auf eine gleichberechtigte Förderung des kognitiven Denkens, des künstlerisch-kreativen Fühlens und der handwerklich-künstlerischen Fähigkeiten. Zu Letzterem gehören nicht nur Turnen, Handarbeit, Musik, sondern auch die Eurythmie, aber auch Schreinern oder Gartenbau. All jene Bereiche also, die noch heute die Vorurteile gegen diesen Privatschultyp nähren.

Der acht Jahre im so genannten Hauptunterricht zuständige Klassenlehrer ist, wie auch in anderen reformpädagogischen Ansätzen jener Zeit, als „geliebte Autorität“ der Nukleus dieses Schulmodells. Zu pädophilen Entgleisungen wie etwa über Jahrzehnte an der hessischen Odenwaldschule kam es, soweit bekannt, an Waldorfschulen nicht. Die Waldorfpädagogik zeichnet sich bis heute durch eine gewisse Strenge aus.